

Notiz

ILSE DOROTHEE PAUTSCH/RAINER A. BLASIUS

DIE 5. INTERNATIONALE KONFERENZ DER HERAUSGEBER DIPLOMATISCHER AKTEN

Eine Tagung des Auswärtigen Amts und des Instituts für
Zeitgeschichte am 1./2. Oktober 1998 in Bonn

Bekanntlich gibt das Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts seit Herbst 1993 die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD) heraus. Dafür wurde im Frühjahr 1990 die Bonner Dependence des IfZ gegründet, der 1998 die Aufgabe zufiel, die 5. Internationale Konferenz der Herausgeber diplomatischer Akten zu organisieren. Seit der ersten Zusammenkunft im November 1989 in London treffen sich die Herausgeber und Mitglieder nationaler Editionsgruppen regelmäßig, um sich über methodologische Probleme, Modalitäten der Deklassifizierung von Geheimdokumenten und Sachthemen auszutauschen – so 1992 in Den Haag, 1994 in Ottawa und 1996 in Rom.

Diesjähriger Gastgeber war das Auswärtige Amt, das den mittlerweile schon historischen „Welsaal“ des Ministeriums als Tagungsstätte zur Verfügung stellte und für die Teilnehmer aus 16 Staaten ein festliches Abendessen im Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg hoch über dem Rhein ausrichtete. International üblich ist nämlich die Anbindung von Editionen zur Außenpolitik an die jeweiligen Außenministerien, wenn auch bei den „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ ein anderer Weg beschritten worden ist.

Namens der Herausgeber der AAPD – *Helga Haftendorn* (Berlin), *Klaus Hildebrand* (Bonn), *Werner Link* (Köln), *Horst Möller* (München), und *Rudolf Morsey* (Speyer) – lud der Hauptherausgeber *Hans-Peter Schwarz* (Bonn) zur 5. Internationalen Konferenz am 1./2. Oktober 1998 nach Bonn ein. Er war für die Konzeption der Konferenz verantwortlich und führte gemeinsam mit *Horst Möller*, dem Direktor des IfZ, den Vorsitz.

Die Tagung wurde durch den Leiter der Zentralabteilung des Auswärtigen Amts eröffnet. Ministerialdirektor *Fritjof von Nordenskjöld* stellte heraus, daß das Institut für Zeitgeschichte im Wege des „Outsourcing“ den Editionsauftrag erhalten habe. Dadurch sei die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Projekts gewährleistet. Die nunmehr achtjährige Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Institut für Zeitgeschichte bezeichnete er als „vorzüglich“. Nach der Begrüßung der Delegationen durch *Hans-Peter Schwarz*, der 1996 in Rom als Thema des Bonner Herausgebertreffens die Krise um die Tschechoslowakei im Jahre 1968 vorgeschlagen hatte, erinnerte *Horst Möller* daran, wie sich Bonn als Symbol für die Außenpolitik der Bundesrepublik bestens bewährt habe. Die ersten fünfzig Jahre der Edition würden die Bonner Außenpolitik von 1949 bis 1999

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

dokumentieren – bis zum Jahr des Umzugs nach Berlin. Er erläuterte die spezielle Organisationsstruktur der AAPD und den vom Auswärtigen Amt vorgeschriebenen jährlichen Publikationsrhythmus der Aktenbände, der bisher stets erfüllt worden sei.

Am Vormittag des ersten Konferenztages standen Arbeitsberichte einzelner Herausgeber im Vordergrund. So wurden als ganze Reihen bzw. als Einzelbände vorgestellt: Die „Documents Diplomatiques Français“ durch *Maurice Vaisse* (Paris), die „Foreign Relations of the United States“ durch *David Patterson* (Washington), die „Documents on Canadian External Relations“ durch *Greg Donaghy* (Ottawa), eine Edition rumänischer diplomatischer Dokumente über den Prager Frühling durch *Dumitru Preda* (Bukarest), neueste Bände der Edition zur japanischen Außenpolitik durch *Akiyoshi Kamiyama* (Tokio) sowie die „Documents on Australian Foreign Policy“ durch *David Lee* (Canberra). *Malcolme Byrne* informierte über die vom National Security Archive, einer nicht-staatlichen Institution in Washington D. C., gesponserte Veröffentlichung „The Prague Spring '68“. Der Band enthält ins Englische übertragene Dokumente aus verschiedenen Staaten, die durch kurze Essays thematisch verbunden sind. *Antoine Fleury* (Genf) und *Eric Flury-Dasen* (Bern) stellten die elektronische Datenbank „DoDiS“ – erarbeitet von der Forschungsgruppe der „Diplomatischen Dokumente der Schweiz“ – zu den internationalen Beziehungen und zur Außenpolitik der Schweiz in der Nachkriegszeit vor; der überwiegende Teil der über das Internet verfügbaren Dokumente stammt aus der Zeit vom 9. Mai 1945 bis zum 30. Juni 1949. Im Anschluß daran wurde die Frage diskutiert, ob das Internet die Arbeit des Editors auf Dauer ersetzen werde. Sowohl *Flury-Dasen* als auch der Hauptherausgeber der „Foreign Relations of the United States“, *William Z. Slanny*, vertraten die Auffassung, daß die Verwendung neuer Medien eher von Nutzen sein werde, zumal der technische Fortschritt rasch voranschreite. Bei den „Foreign Relations“ sind beispielsweise die Dokumente aller neu publizierten Bände im vollen Wortlaut über die eigene Home-Page im Internet abrufbar.

Der Nachmittag des 1. Oktober und der Vormittag des 2. Oktober 1998 waren den Ereignissen in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 und ihrer internationalen Perzeption gewidmet. Vorgesehen war, in der ersten Sektion die tschechoslowakische Sicht der Krise vorzustellen; dann sollten Vorträge über die Politik der beiden damaligen Großmächte, der USA und der UdSSR, folgen. Dieses Konzept konnte nur teilweise verwirklicht werden, da *Igor Lebedev* und *Pyotr Pronicev* aus Rußland, die ihre Teilnahme zugesagt hatten, der Konferenz ferngeblieben waren.

Die Reihe der Vorträge wurde somit von *Vilém Prečan* eröffnet, dem Vorsitzenden des Tschechoslowakischen Nationalkomitees der Historiker und langjährigen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in Prag. Er war an der Veröffentlichung des „Tschechoslowakischen Schwarzbuches“ beteiligt, das kurz nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 erschien, wurde 1970 aus der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen und lebte von 1976 bis 1990 in der Bundesrepublik. *Prečan* wies darauf hin, daß es sich bei der politischen Entwicklung des Jahres 1968 um eine Reihe von Krisen handelte, die einander bedingten. Die erste war die Krise der tschechoslowakischen Gesellschaft, verursacht durch das Machtmonopol der Kommunistischen Partei, verschärft durch Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur sowie durch den latenten ethnischen Konflikt zwischen Tschechen und Slowaken. Mit der Wahl von *Alexander Dubček* zum Ersten Sekretär des ZK und vor allem mit dem Ende der Pressezensur bewegte sich die tschechoslowakische Gesellschaft auf ein System des Reformkommunismus zu. Dies löste wiederum eine Krise im Warschauer Pakt aus, mit der Folge, daß zwischen

Mitte März und Mitte August 1968 insgesamt 18 Sitzungen des Politbüros der UdSSR und zwei Vollversammlungen des ZK der KPdSU die Situation in der ČSSR zum Thema hatten. Das Politbüro erörterte erstmals am 19. Juli 1968 die Möglichkeit, gegenüber der Tschechoslowakei „extreme Maßnahmen“ zu ergreifen; die endgültige Entscheidung für eine Militäraktion fiel am 17. August. Quasi als nachträgliche Begründung für dieses Vorgehen wurde die „Breschnew-Doktrin“ der eingeschränkten politischen Souveränität sozialistischer Staaten formuliert.

Die Bemühungen tschechoslowakischer Diplomaten nach der Intervention, die Krise zum Diskussionsthema internationaler Gremien zu machen, fanden bereits mit dem Abschluß des Moskauer Protokolls vom 26. August 1968 ein Ende. So verschwanden auf tschechoslowakisches Verlangen hin die Ereignisse vom 20./21. August von der Agenda des UNO-Sicherheitsrats. Abschließend bewertete *Prečan* den Prager Frühling als den bedeutendsten Einschnitt in der tschechoslowakischen Geschichte zwischen dem Münchener Abkommen von 1938 und dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts 1989.

Die sich anschließenden Ausführungen von *William Z. Slany* aus Washington machten deutlich, von welchem geringem Interesse die Ereignisse des Jahres 1968 in der ČSSR für die amerikanische Politik waren. Gestützt auf die relevanten Bände der „Foreign Relations of the United States“ (FRUS) zeigte der Historiker des State Department auf, daß es das Hauptinteresse des im Sommer 1968 politisch stark angeschlagenen Präsidenten Lyndon B. Johnson war, auf einem Gipfeltreffen mit Ministerpräsident Alexej Kossygin Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle zu erzielen. Johnson hoffte, daß damit seine Amtszeit mit einem Erfolg ausklingen würde, der auch das Debakel in Vietnam in den Hintergrund treten lassen konnte. Diese Absichten wurden von amerikanischen Politikern außerhalb des Weißen Hauses nicht geteilt. Für sie bot sich mit der Krise vom 20./21. August der Anlaß, das bereits vereinbarte Gipfeltreffen mit Kossygin abzusagen. Weiterhin betonte *Slany*, daß die amerikanische Regierung von der UdSSR nicht vorab von dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der ČSSR unterrichtet worden sei und daß es folglich kein „Stillhalteabkommen“ zwischen den beiden Großmächten gegeben habe. Die USA hatten allerdings zu keinem Zeitpunkt die Absicht, zugunsten des tschechoslowakischen Reformkommunismus zu intervenieren.

Dieses amerikanische Desinteresse hatte auch Auswirkungen auf die Situation Österreichs, das durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in das Nachbarland ČSSR in eine prekäre Lage geriet und erkennen mußte, daß – im Gegensatz zu 1956 – keine der Großmächte zu einer Sicherheitsgarantie für den neutralen Staat bereit war. *Walter Rauscher*, Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Ost- und Südosteuropäische Studien sowie Mitherausgeber der Edition „Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938“, hob hervor, daß die Regierung in Wien durch den Geheimdienst bereits im April 1968 über ein mögliches militärisches Vorgehen des Warschauer Pakts gegenüber der ČSSR gewarnt worden war. Sie machte dies aber nicht publik, um keine Panik in der Bevölkerung auszulösen. Nach der Besetzung der ČSSR wurde die österreichische Armee in Alarmbereitschaft versetzt. Die Einheiten hielten jedoch einen Abstand von 30 Kilometern zur tschechoslowakischen Grenze, um jede Provokation zu vermeiden. Trotzdem wurde in Wien ein Überschreiten österreichischer Grenzen durch Truppen des Warschauer Pakts befürchtet, möglicherweise im Zuge einer gegen Jugoslawien gerichteten Aktion. Die wiederholte Verletzung des österreichischen Luftraums durch sowjetische Flugzeuge verstärkte diese Befürchtungen. In Prag widersetzte sich der österreichische Gesandte Rudolf Kirchschräger den aus Wien eintreffenden Anordnungen, die

Gesandtschaft zu schließen bzw. die Ausgabe von Visa einzustellen. Zwischen dem 21. August und dem 17. September 1968 stellten 1355 Personen aus der Tschechoslowakei einen Asylantrag in Österreich – eine Zahl, die niedriger war, als zunächst von österreichischer Seite befürchtet. Die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen und das Ausbleiben gegen Österreich gerichteter militärischer Aktionen des Warschauer Pakts trugen dazu bei, daß die Krise vom August 1968 in Wien als ein positiv verlaufener Testfall für die österreichische Neutralität bewertet wurde.

Die Folgen der Ereignisse in der ČSSR für einen weiteren neutralen Staat, nämlich die Schweiz, standen im Mittelpunkt der Ausführungen von *Therese Steffen Gerber*, Mitarbeiterin bei der Edition „Diplomatische Dokumente der Schweiz“. Während die Reaktionen schweizerischer Politiker auf die Besetzung der ČSSR „allzu neutral und zu wenig akzentuiert“ waren, zeigte sich Bern im humanitären Bereich sehr hilfsbereit: Es kam nicht nur zu Lieferungen von Nahrungsmitteln und Medikamenten in die ČSSR, sondern auch zu einer großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen. Ihnen wurde in der Schweiz vielfältige Unterstützung, besonders von privater Seite, zuteil. Insgesamt gelangten zwischen August 1968 und Ende 1970 etwa 12 000 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei in die Eidgenossenschaft, zudem befanden sich im August 1968 etwa 1000 Touristen aus der ČSSR im Land. *Steffen Gerber* verhehlte nicht, daß die Schweiz von dieser Entwicklung profitierte, denn es herrschte ein Mangel an Arbeitskräften, und die meisten der Flüchtlinge waren gut ausgebildet. Anfang 1969 wurden jedoch Stimmen laut, die vor einer „Verwässerung des Asylbegriffs“ warnten, und ab April 1969 wurden die Hilfsmaßnahmen wieder eingeschränkt.

Ganz anders sah man die Ereignisse in der ČSSR naturgemäß in den Niederlanden, einem stark auf die Beziehungen zu Großbritannien und den USA fixierten NATO-Mitglied. *Marijke van Faassen*, Mitarbeiterin am Institut für Niederländische Geschichte in Den Haag und Bearbeiterin des Bandes 6 der Edition „Documents on Dutch Foreign Policy, period C, 1940–45“, leitete ihren Vortrag mit der Feststellung ein, daß die Niederlande vor 1964, dem Jahr des Besuchs von Außenminister Joseph Luns in Moskau, keine nennenswerte Ostpolitik betrieben haben. Erst ab 1967 kam in der niederländischen Regierung der Wunsch nach einer größeren Rolle in den Ost-West-Beziehungen auf. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR versetzte diesen Ambitionen einen Dämpfer, hatte sich doch die UdSSR ganz offensichtlich als berechenbarer Gesprächspartner diskreditiert. Die niederländische Regierung betrachtete zwar das Vorgehen gegen die ČSSR als defensive Maßnahme des Warschauer Pakts und erwog auch keinen Abbruch diplomatischer Beziehungen, doch unterstützte sie jede Initiative, sei es in der NATO oder in der Westeuropäischen Union, die eine Stärkung der westlichen Allianzen versprach. Bedauerlicherweise scheiterten alle diese Bemühungen. Die Niederlande selbst kehrten zu einer Politik des engen Schulterschlusses mit der NATO und den USA zurück. Den konservativen Kräften im Parlament gelang es allerdings, quasi im Windschatten dieser Entwicklung eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes durchzusetzen.

Der zweite Tag der Konferenz wurde von *Jean Stengers* aus Brüssel mit einem Vortrag über die Sicht der NATO auf die Ereignisse vom 20./21. August 1968 eröffnet. Gestützt auf belgische Quellen legte er dar, daß das atlantische Bündnis über die Intervention nicht vorab informiert worden sei. Da jedoch im Vorgehen des Warschauer Pakts keine Bedrohung des Westens gesehen wurde, fühlte sich die NATO nicht zu Änderungen ihrer militärischen oder politischen Positionen veranlaßt. Dann untersuchte *Stengers* die Frage, ob westliche Staaten im Sommer 1968 durch Hinweise aus nachrichtendienstlichen Quellen

über die bevorstehenden Ereignisse im Warschauer Pakt vorgewarnt waren, jedoch ihr Wissen nicht preisgeben wollten. Er kam zu dem Schluß, daß der Westen trotz einiger Überläufer, die sich in den sechziger Jahren aus dem Ostblock absetzten, über entsprechende Entscheidungsprozesse im Warschauer Pakt wahrscheinlich nicht unterrichtet gewesen sei.

Aus dem Blickwinkel eines einzelnen NATO-Staates, nämlich Kanadas, schilderte anschließend *Ted Kelly*, Angehöriger des kanadischen Außenministeriums und einer der Bearbeiter der Edition „Documents on Canadian External Relations“, die Krise vom August 1968. *Kelly* führte aus, daß die kanadische Reaktion lediglich eine Fortsetzung der schon vor dem 20. August 1968 praktizierten Politik äußerster Zurückhaltung gegenüber der Regierung Dubček darstellte. Angesichts von Bestrebungen, die Militärpräsenz in Europa zu reduzieren, bestand in Ottawa keinerlei Interesse an irgendeiner Reaktion der NATO auf die Intervention. Als geeignetes Forum für eine Verurteilung des Vorgehens gegen die ČSSR bot sich dagegen der UNO-Sicherheitsrat an. Dort unterstützte Ottawa am 22. August 1968 eine von Dänemark eingebrachte Resolution, die einen sofortigen Abzug der Interventionstruppen forderte, und legte selbst eine Resolution vor, in der die Entsendung eines Sondergesandten des UNO-Generalsekretärs nach Prag angeregt wurde. Beide Resolutionen wurden zwar verabschiedet, blieben aber folgenlos. Eine entschiedeneren Haltung nahm Kanada dagegen bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei ein: Hier wurde großzügig und unbürokratisch geholfen.

David Lee, der Direktor der „Historical Documents Projects Section“ des australischen Außenministeriums, erinnerte in seinem Vortrag daran, daß 1968 auch im asiatischen Raum ein krisenhaftes Jahr war. Die Tet-Offensive im Februar 1968 machte deutlich, daß sich das Blatt in Vietnam gegen die USA und damit auch gegen Australien gewendet hatte. Mögliche Folgen dieser Entwicklung für das Kriegsende wurden allerdings zunächst von den USA bestritten. Daher kam die amerikanische Entscheidung vom 31. März 1968, die Bombardierung Nord-Vietnams teilweise einstellen und in Friedensgespräche eintreten zu wollen, für Australien als ein Schock. Der amerikanische Unwille, Canberra über wesentliche politische Beschlüsse vorab zu informieren, und die australische Ohnmacht, auf amerikanische Entscheidungen Einfluß zu nehmen, prägten das ganze Jahr 1968. Diese fehlende Rücksichtnahme auf australische Interessen erklärt, warum das Scheitern der Pariser Gespräche zwischen Hanoi und Washington Ende 1968 in Canberra weder Enttäuschung noch Beunruhigung hervorrief.

Die nachfolgenden Ausführungen lenkten das Augenmerk der Konferenzteilnehmer vom Fernen auf den Nahen Osten. *Meron Medzini*, Dozent an der Hebrew University in Jerusalem und Herausgeber der Edition „Israel's Foreign Policy – Selected Documents“, kam in seinem Vortrag zu dem Ergebnis, daß die Auswirkungen der Krise vom August 1968 auf das Kräfteverhältnis in dieser Region nur als „marginal“ bezeichnet werden können. Es seien lediglich Entwicklungen verstärkt worden, die bereits im Gange gewesen seien: das Wettrüsten zwischen Arabern und Israelis und das Gefühl der politischen Isoliertheit in Israel. Beide Großmächte zeigten keinerlei Interesse an einem Wiederaufflammen des Nahost-Krieges und machten deutlich, daß sie selbst nicht in einen Konflikt eingreifen würden. Allein hinsichtlich der Emigration russischer Juden nach Israel, die Ende 1969 einsetzte und in den neunziger Jahren zu einem Strom answoll, zeigte die tschechoslowakische Krise konkrete Auswirkungen.

Die letzte Sektion der Konferenz war den größeren europäischen Mächten gewidmet. Sie wurde von *Ennio di Nolfo*, Ordinarius für die Geschichte internationaler Beziehungen

an der Universität Florenz und Herausgeber der Zeitschrift „Storia delle Relazioni Internazionali“ eingeleitet. *Di Nolfo* erläuterte, daß die Ereignisse in der ČSSR sowohl innen- als auch außenpolitische Konsequenzen für Italien hatten. Auf dem Feld der Innenpolitik verlor die Kommunistische Partei an politischem Einfluß auf Kosten der Sozialistischen Partei, die sich ab Dezember 1968 an einer vom Christdemokraten Mariano Rumor geführten Regierung beteiligte. Im Bereich der Außenpolitik verfestigte sich die Überzeugung, daß Westeuropa einem Vorgehen wie dem des Warschauer Pakts gegenüber der ČSSR wenig entgegenzusetzen habe und allein die USA eine wirkungsvolle Sicherheitsgarantie leisten könnten. Daraus resultierte der Wunsch nach einer Stärkung der NATO und nach einem engeren Schulterschuß mit den USA – eine Haltung, der sich schließlich auch die Kommunistische Partei anschloß.

Gill Bennett, leitende Historikerin im britischen Außenministerium und Herausgeberin der „Documents on British Policy Overseas“ (DBPO), untersuchte in ihrem Vortrag, ob sich die Ereignisse des 20./21. August 1968 aufgrund der Berichte, die die britischen Botschaften in Moskau und Prag seit Jahresbeginn nach London übermittelten, hätten vorhersagen lassen können. *Bennett* führte aus, daß der britische Botschafter in Moskau, Sir Geoffrey Harrison, die Situation als viel ernster einschätzte und eindringlicher die Ansicht vertrat, daß die sowjetische Führung die politische Entwicklung in der ČSSR auf Dauer nicht akzeptieren werde, als Sir William Barker, sein Kollege in Prag. Dieser traute *Dubček* durchaus zu, einen so moderaten Kurs zu steuern, daß ein sowjetisches Eingreifen nicht provoziert werde. Während die Entwicklung in Prag in den Monaten Juni und Juli 1968 als zunehmend bedrohlich empfunden wurde, gewann nach dem Treffen von *Čierna nad Tisou* vom 29. Juli bis 1. August 1968 die Überzeugung die Überhand, daß sich die Situation entspannt habe und mit militärischen Aktionen seitens der Sowjetunion nicht mehr gerechnet werden müsse. Um so größer war der Schock nach der Intervention vom 20./21. August.

Diese Analyse wurde durch den Vortrag von *Keith Hamilton*, einem Mitarbeiter von Frau *Bennett*, ergänzt. Ausgehend von der häufig geäußerten These, daß das Scheitern des Prager Frühlings keine dauerhafte Beeinträchtigung der Ost-West-Beziehungen zur Folge hatte, untersuchte er die Auswirkungen der Krise vom August 1968 auf die KSZE-Verhandlungen von 1972 bis 1975. Gestützt auf den jüngsten Band der DBPO zur KSZE-Konferenz zeigte *Hamilton* auf, daß britische Diplomaten bei der Ausarbeitung jener humanitären Agenda, die als „Korb III“ der Verhandlungen von Helsinki bekannt wurde, federführend waren. Durch die Einführung dieser Themen in Gespräche mit der UdSSR gelang es, in den KSZE-Verhandlungen westlichen Werten zum Erfolg und auch den Freiheiten, für die schon im Prager Frühling gestritten worden war, zur Anerkennung über die Grenzen politischer Blöcke hinweg zu verhelfen.

Anschließend bewertete *Gabriel Robin*, langjähriger politischer Berater französischer Präsidenten, ehemaliger „Directeur Politique“ im Quai d'Orsay und von 1987 bis 1992 Botschafter bei der NATO, die Auswirkungen der Krise in der Tschechoslowakei auf die deutsch-französischen Beziehungen. Dabei betonte er zunächst die gegensätzlichen Reaktionen auf die politischen Reformen des Prager Frühlings. Während sich die französische Regierung eher abwartend verhielt, intensivierte die Bundesregierung ihre Kontakte zur ČSSR. Divergierende Ansichten herrschten auch bezüglich der Auswirkungen der sowjetischen Intervention auf die Sicherheit Westeuropas. Frankreich vertrat die Auffassung, daß bei einer zurückhaltenden Reaktion des Westens keine weiteren militärischen Aktionen des Warschauer Pakts zu erwarten seien. Paris war daher auch entschlossen,

die eigene Entspannungspolitik gegenüber Moskau fortzusetzen. Im Gegensatz dazu befürwortete die Bundesregierung eine entschiedene Reaktion und setzte sich für eine Stärkung der NATO ein. So trug das Scheitern des Prager Frühlings dazu bei, die Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Bündnispolitik in aller Schärfe deutlich zu machen.

Den Schlußpunkt der Tagung setzte *Hans-Peter Schwarz*, Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Bonn und Hauptherausgeber der Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, mit einer Analyse der Bedeutung des Prager Frühlings und der Ereignisse vom 20./21. August 1968 für die Bundesrepublik. (Dieser Beitrag wird in den VfZ 47 (1999), Heft 2, veröffentlicht.) Seine Ausführungen stützten sich auf die Ende 1998 im Jahresband 1968 der AAPD zu veröffentlichenden Dokumente aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und aus dem Bundeskanzleramt. *Schwarz* legte dar, daß die Bundesregierung während des Prager Frühlings darauf verzichtete, Druck auf die ČSSR im Sinne eines weiteren Ausbaus der bilateralen Beziehungen auszuüben, um den Erfolg der Reformpolitik nicht zu gefährden. Die Initiative zu Kontakten ging stets von tschechoslowakischer Seite aus. Mit ihrer Entscheidung vom 23. Juli 1968, das bevorstehende NATO-Manöver „Schwarzer Löwe“, das an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze stattfinden sollte, weiter nach Westen zu verlegen, beabsichtigte die Bundesregierung eine Entschärfung der Situation.

Auf die Besetzung der Tschechoslowakei reagierte die Bundesregierung mit einer „halbwegs deutlichen“ Verurteilung, wich dann aber vor allem unter dem Eindruck demonstrativer amerikanischer Zurückhaltung zurück. Diese Ängstlichkeit zeigte sich sowohl in Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Semjon K. Zarapkin, als auch in Unterredungen mit französischen Politikern. Diese, allen voran Staatspräsident Charles de Gaulle, hatten die sowjetische Argumentation übernommen, daß die zu intensiv betriebenen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR die UdSSR provoziert und somit gewissermaßen zur Intervention gezwungen hätten.

Die einzige konstruktive Reaktion der Bundesregierung nach dem 20./21. August 1968, nämlich ein Vorschlag von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zur Stärkung der NATO, scheiterte am Unvermögen, die dazu notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen. Die historische Bedeutung der Vorgänge des Jahres 1968 sah *Schwarz* u. a. darin, daß das ostpolitische Konzept de Gaulles als gescheitert zu gelten habe. Die schwachen westlichen Reaktionen auf die Ereignisse vom 20./21. August bestärkten die UdSSR in ihrer Auffassung, im Ostblock militärisch und politisch vollkommen freie Hand zu haben. Dieses Konzept der Einflußsphären zeigte Auswirkungen bis in die Zeit des Mauerfalls und der deutschen Wiedervereinigung. Als folgenreich erwies sich auch die aus den Ereignissen von 1968 gewonnene Erkenntnis, daß Ostpolitik nicht an der Sowjetunion vorbei oder um sie herum betrieben werden könne. Ferner wurde aus dem Scheitern des Prager Frühlings in Bonn der Schluß gezogen, zu Reformkommunisten oder zu Dissidenten in Ostblockstaaten eine deutliche Distanz zu wahren – eine Lehre, die die Politik der Bundesrepublik bis zum Zusammenbruch des Warschauer Pakts 1989/90 kennzeichnen sollte.

Die Vorträge ließen deutlich werden, daß das militärische Eingreifen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei für die Staaten der westlichen Welt keine Überraschung darstellte, lediglich der Zeitpunkt der Intervention kam unerwartet. Das Konzept der politisch-militärischen Blöcke war 1968 bereits so verfestigt, daß die NATO, obwohl nicht durch die UdSSR vorgewarnt, die Ereignisse des 20./21. August 1968 keineswegs als existentielle Bedrohung empfand. Daher blieb das Interesse des Westens – nach einigen

mehr oder weniger bedeutungslosen Gesten der Mißbilligung – dominierend, die Entspannungspolitik mit der UdSSR fortzusetzen. Somit hat sich im Nachhinein die zynische Bemerkung des damaligen französischen Außenministers Michel Debré vom „Verkehrsunfall“ auf der Straße zur Entspannung als richtige Einschätzung der Bedeutung des gewaltsamen Endes des Prager Frühlings erwiesen.

Die Konferenz schloß am Mittag des 2. Oktober 1998 mit dem Angebot seitens der Herausgeber der weltweit ältesten Edition diplomatischer Akten, der seit 1861 erscheinenden „Foreign Relations of the United States“, die 6. Internationale Konferenz der Herausgeber diplomatischer Akten im Herbst 2000 in Washington auszurichten.

Abstracts

Heinrich August Winkler, Democracy or Civil War. The Russian October Revolution as a Problem for the German Social Democrats and the French Socialists.

The German Social Democrats and the French Socialists reacted differently to the Bolshevik seizure of power in Russia. In Germany, Lenin's revolutionary example was met with approval only by a minority within the internally split Marxist workers' movement, whereas in France the general attitude initially was one of satisfied acceptance. The German Social Democrats condemned the Bolshevik overthrow because it would lead to civil war and dictatorship. In France, even after the split within the Socialist movement in 1919, a considerable portion of the SFIO continued to support the revolutionary ideals of the Bolsheviks. The German Social Democrats turned away from pre-war Marxism much more resolutely than did the French Socialists. The SFIO could well afford its traditional ideology, because the Third Republic during the 1920's was not dependent upon Socialist representation within the government. The Weimar Republic, on the other hand, could never have been formed had the SPD not rejected the dogma of class struggle and been willing to reach a compromise with the moderate middle class factions.

Bogdan Musial, Extradition of War Criminals to Poland and their Court Sentences.

The essay focusses on the problem of the transfer to Poland of more than 1,800 NS criminals from occupied German territory and the sentences received by the accused in Polish courts. First, the basic structures of the program of extradition to Poland are described, whereby the legal grounds for extradition and the Polish institutions concerned with the finding and pursuit of NS criminals are presented. Next, extradition policies and the way that they were put into practice by the occupying powers are discussed, with those of the Americans and British especially emphasized, since most of the extradition cases were initiated in the American and British zones. Then follows a discussion of the problem of the sentencing of the accused in Polish courts, with examination of the legal grounds for jurisdiction in Poland. After the Polish extradition system has been evaluated, the question remains whether the transferred criminals could expect receiving a fair and just court hearing according to Western standards. Finally, comes the question why NS criminals and members of the anti-communist opposition received different treatment in communist courts.

Hubert Zimmermann, Franz Josef Strauß and the German-American Currency Exchange Conflict.

The widely overlooked agreement of October 1961 between German Defense Minister Strauß and the American Undersecretary of Defense Gilpatric became one of the most important international agreements the Federal Republic of Germany transacted in the 1960's. Essentially, the Strauß-Gilpatric Accord regulated the question of compensating for the foreign exchange deficit incurred by the stationing of US troops in the Federal Republic. Closer analysis reveals, however, that the real issues at hand were questions of international security and monetary policies, as well as the transatlantic alliance system. The

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

compromise covered by the accord turned out to be one of the most important premises upon which German-American relations rested in the 1960's. American concessions in security policy corresponded to the mutually agreed upon German foreign-trade policy which foresaw a Fixed-Rate Dollar of exchange system. This agreement profoundly affected the transatlantic alliance, inasmuch as it, effectively prevented any further european cooperation in security and monetary policies.

Andreas Rödder, Reflections on the End of the Weimar Republic.

The failure of the Weimar Republic as a parliamentary democracy and the National Socialist assumption of power continue to raise questions about the inevitability of the course of events and the extent to which alternatives did exist. Did the form in which this particular political system developed allow for any direction at all? What solutions to the governmental crisis were weighed and taken into consideration between 1930-1933? Were the presidential cabinets oriented towards a strategy of restoration or crisis management? Within the framework of these questions, older and younger historians met in Stuttgart in September 1997 at a conference, the results of which are given here, in order to sketch perspectives for future research. The topics discussed were Brüning's chancellorship, the role of the under-secretaries, of the military and of jurisprudence, the constitutional plans of the von Papen and von Schleicher cabinets, the role of the NSDAP, as well as, the political constellation in January 1933.

Bernd Stöver, The Otto John Case: His Depositions to the MfS and the KGB.

On the tenth anniversary of the attempted assassination of Hitler, Otto John, a former member of the conspiracy which failed on July 20, 1944, and then Chief of the *Bundesamt für Verfassungsschutz*, defected to the GDR after having taken part in a commemoration service in West Berlin. In a public statement, John announced that he had come to the GDR freely in protest against the West's strong-arm politics and the re-emergence of National Socialists. Above all, however, John wanted to work towards the reunification of Germany from within the GDR. However, after returning to the West on December 12, 1955, he declared that he had been abducted and that he had been forced to cooperate. Otto John maintained this version until his death in March 1997. Files in the *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)*, which have recently become available, allow for a new reconstruction of the details leading to the defection. Furthermore, what John actually told the MfS and KGB can now be accurately ascertained. Despite a lingering degree of uncertainty, most of the facts indicate that John, in the tradition of the anti-Hitler opposition of July 20, 1944 which aimed to transcend politics, contacted the East on his own in order to further unification as an honest broker. John undoubtedly was a patriot; however, his political naiveté was considerable. John's recorded testimony contrasts sharply with the sworn statements he later gave, which indicate that he did disclose top secret information from the *Bundesamt für Verfassungsschutz*. Not only did he reveal pertinent information on the Gehlen Organisation, on American and British secret service agencies, on the *Bundesamt für Verfassungsschutz*, but, finally, also, on persons who were suspected of being agents for the East's secret service.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Heinrich August Winkler*, Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin (Unter den Linden 6, 10099 Berlin); veröffentlichte u. a. „Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat“ (Tübingen 1964); „Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus“ (Köln 1972); „Revolution, Staat, Faschismus“ (Göttingen 1978); „Liberalismus und Antiliberalismus“ (Göttingen 1979); „Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1933“ (3 Bde., Berlin/Bonn 1984–1987); „Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie“ (München 1993); „Streitfragen der deutschen Geschichte“ (München 1997).

Dr. *Bogdan Musial* (Elsa-Brändström-Weg 3, 31061 Alfeld), Fellow an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder (Oktober 1998 bis Juni 1999), arbeitet über die polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs.

Dr. *Hubert Zimmermann*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Außenstelle Bonn (c/o Auswärtiges Amt, Adenauerallee 89, 53113 Bonn); Veröffentlichungen zur Währungs- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der USA sowie zur deutschen Europapolitik, u. a. „Dollars, Pounds and Transatlantic Security“ (Florenz 1997).

Dr. *Andreas Rödder*, wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Universität Stuttgart (Keplerstraße 17/8, 70174 Stuttgart); veröffentlichte u. a. „Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931“ (Paderborn 1996), sowie Aufsätze zur Geschichte der Weimarer Republik und zur deutschen Wiedervereinigung in internationaler Perspektive; arbeitet derzeit an einer Habilitation über den Konservatismus der englischen Konservativen 1846–1867.

Dr. *Bernd Stöver*, wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Zeitgeschichte der Universität Potsdam (Am Neuen Palais 10, 14415 Potsdam); Veröffentlichungen zur Geschichte der NS-Zeit, der Emigration, der US-Außenpolitik, Deutschlandpolitik und des Kalten Krieges, u. a. „Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen im Spiegel sozialistischer Berichte“ (Düsseldorf 1993); „Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936“ (Bonn 1996); arbeitet gegenwärtig an einer Habilitation über die amerikanische Befreiungspolitik in Osteuropa und der DDR 1945–1961.